

StOR Müller erläutert den Beschlussvorschlag, welcher auf dem anliegenden in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Fuhlbohm entwickelten Konzept beruht. Wichtig ist insbesondere, keine Konkurrenz zu freien sozialen Diensten und der freien Wirtschaft aufzubauen, sondern ein niedrigschwelliges Angebot unter qualifizierter Begleitung durch Fachkräfte anzubieten. Eine hauptamtliche Begleitung ist insbesondere aus dem Grund wichtig, um Ehrenamtliche bei Abgrenzungsproblemen zu unterstützen. Auch eine Schulung der Ehrenamtlichen ist unerlässlich. Das Projekt könnte ab Juni 2008 umgesetzt werden.

Auf Nachfrage von RM Bödecker, welche hauptamtliche Person in der Verwaltung die Aufgabe übernehmen soll, wie eine Akquise der Ehrenamtlichen und im Verlauf die Kontaktherstellung abgewickelt werden soll, erläutert StOR Müller, dass die Ehrenamtlichen ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen müssen. Wünschenswert wäre eine entsprechende Vorbildung. Auf jeden Fall soll eine Schulung durch die KVHS erfolgen, wobei der Eigenanteil der Schulungskosten bei späterer ehrenamtlicher Tätigkeit durch die Stadt erstattet wird. Die Erstgespräche und Kontaktherstellung erfolgt über die hauptamtliche Kraft mit späterer enger Begleitung. BM Böhling führt hierzu ergänzend aus, dass eine Mitarbeiterin der Stadt, welche Sozialpädagogin ist, die Aufgabe übernehmen könnte.

RM Schüder begrüßt das Angebot, hält eine Anknüpfung an der Verwaltung für schwierig, da Bürger oft Hemmschellen haben. Es könnte daher auch eine Anknüpfung an die noch nicht eingerichtete Stelle Sozialpädagoge Hauptschule Schortens erfolgen.

RM Wolken spricht sich für das Konzept aus und regt eine Kontaktaufnahme zu dem Dorfhelferinnenwerk und der Ländlichen Erwachsenenbildung an.

RM Homfeldt dankt für das gute Konzept für diese komplexe Aufgabe. Er verweist darauf, dass es sich hierbei weder um Therapie, Kontroll- oder Berichtsinstanz an die Verwaltung handelt, sondern um organisierte Nachbarschaftshilfe und so auch verstanden werden sollte.

Es wird einstimmig empfohlen:

**Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:**

Das beigelegte Konzept zur Einrichtung von Familienpatenschaften wird beschlossen. Die Mittel sind in den Haushalt 2008 einzustellen.